

Westeuropa als Gegenstand und Quelle sozialwissenschaftlicher Forschung

Bendix, Reinhard

Veröffentlichungsversion / Published Version
Sammelwerksbeitrag / collection article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Bendix, R. (1979). Westeuropa als Gegenstand und Quelle sozialwissenschaftlicher Forschung. In J. Matthes (Hrsg.), *Sozialer Wandel in Westeuropa: Verhandlungen des 19. Deutschen Soziologentages in Berlin 1979* (S. 11-24). Frankfurt am Main: Campus Verl. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-136851>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Reinhard Bendix +)

Westeuropa als Gegenstand und Quelle sozialwissenschaftlicher Forschung

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

für die ehrenvolle Einladung, diese Berliner Tagung der Deutschen Gesellschaft für Soziologie mit einem Vortrag zu eröffnen, möchte ich mich besonders bedanken. Ich bin nämlich in Berlin geboren und habe hier die ersten zweiundzwanzig Jahre meines Lebens verbracht. Als ich die Stadt vor nunmehr 41 Jahren verlassen mußte, schenkte mir eine Freundin zum Abschied Max Webers "Wirtschaft und Gesellschaft". Damals konnte ich nicht ahnen, daß meine Laufbahn in Amerika davon nachhaltig beeinflußt werden würde! Die Umstände meiner Auswanderung im Mai 1938 hatten kaum ein Durchblättern dieses großen Werkes zugelassen. Für eine richtige Lektüre war ich auch völlig unvorbereitet. So kam es zu dem Paradox, daß ich, ein gebürtiger Deutscher, Max Weber erst im Laufe meiner Studienzeit in Amerika "entdeckte", und damit hängt meine Rezeption Webers zusammen, wie auch das Thema dieses Vortrages.

Vor nun schon fünfzehn Jahren hat Jürgen Habermas auf die unterschiedliche Rezeption Webers in Deutschland und Amerika hingewiesen. Geistige Perspektiven sind lebensbezogen; Karl Mannheim hätte "seinsverbunden" gesagt. Mir persönlich haben Webers Schriften bei meiner Orientierung in Amerika wesentlich geholfen, denn sein Werk eröffnete mir Perspektiven, die nicht nur über Deutschland sondern auch über Europa hinausführten. 1)

Zwischen dieser universalhistorischen Perspektive und Webers Akzent auf Westeuropa liegt nur ein scheinbarer Widerspruch. Bekanntlich war für Weber die Eigenart des Okzidents und insbesondere Westeuropas ein zentrales Anliegen. Ich erinnere an die Einleitungsworte zu den Aufsätzen über Religionssoziologie. Ich zitiere:

Universalgeschichtliche Probleme wird der Sohn der modernen europäischen Kulturwelt unvermeidlicher- und berechtigterweise unter der Fragestellung behandeln: welche Verkettung von Umständen hat dazu geführt, daß gerade auf dem Boden des Okzidents, und nur hier, Kulturerscheinungen auftraten, welche doch - wie wenigstens wir uns gerne vorstellen - in einer Entwicklungsrichtung von universeller Bedeutung und Gültigkeit lagen? 2)

Die Beschäftigung mit der Eigenart okzidentaler Kultur durchzieht Webers sämtliche Werke und blieb nicht beschränkt auf das Gebiet der Religion. Und doch klingt in diesem Einleitungssatz etwas von der Weber'schen *amor fati* mit an; eine letzte Ambivalenz bleibt bestehen. Er identifiziert sich zwar mit der Besonderheit und universellen Bedeutung okzidentaler Kulturerscheinungen, aber gleichzeitig betont er die prinzipielle Einseitigkeit, ja sogar die ethnozentrische Ausrichtung dieser Wertbezogenheit. Im Klartext heißt das: die okzidentale Entwicklungsrichtung hat zwar universelle Bedeutung - etwa in dem Sinne, daß sie die Menschheit durch eine Wendung auf neue, blei-

+) Dept. of Political Science
University of California
BERKELEY, CA. 94720 USA

bende Kulturwerte ausrichtete - aber zugleich ist das eine Vorstellung, die uns schmeicheit und allzu leicht dazu führt, unser Verständnis anderer Werte und Entwicklungsreihen zu mindern.

Wir können und wollen uns dieser Orientierung nicht entziehen, aber gleichzeitig müssen wir erkennen, daß wissenschaftlich bedeutsame Wertgesichtspunkte vielfältig und wandelbar sind. Dementsprechend heißt es am Ende des Objektivitätsaufsatzes, ich zitiere:

Irgendwann wechselt die Farbe: die Bedeutung der unreflektiert verwerteten Gesichtspunkte wird unsicher, der Weg verliert sich in die Dämmerung. Das Licht der großen Kulturprobleme ist weiter gezogen. Dann rüstet sich auch die Wissenschaft, ihren Standpunkt und ihren Begriffsapparat zu wechseln. 3)

Ich will an diesen Satz zwei Fragen anknüpfen. Erstens, kann Webers Einstellung zu der Eigenart westeuropäischer Kultur auch noch die unsere sein? Und zweitens, wie verhält es sich mit der besonders an Westeuropa orientierten Begriffsbildung, wenn die sozialwissenschaftliche Forschung ihren Standpunkt verändert? Zur Beantwortung dieser Fragen spreche ich zunächst kurz über Westeuropa als Gegenstand sozialwissenschaftlicher Forschung. Anschließend, und etwas weiter ausführend, will ich dann Westeuropas Geschichte als Quelle sozialwissenschaftlicher Begriffsbildung behandeln und an einigen Beispielen erläutern.

A. Westeuropa als Gegenstand sozialwissenschaftlicher Forschung

Denken wir einmal zurück an die Zeit vor dem ersten Weltkrieg. Vor 1914 lebten führende Europäer noch im Hochgefühl einer erfolgreichen, kulturtragenden Tradition. So konnte Heinrich Luebbe vor kurzem von den "philosophischen Ideen vor 1914", von einem "ideologischen Nationalismus" schreiben, als einem gesamteuropäischen Phänomen, das allerdings auch besondere deutsche Züge aufwies. Webers Frage nach den Ursprüngen der okzidental Entwicklung liegt sicher auf anderer geistiger Ebene. Im Gegensatz zu der Zeiterscheinung eines philosophierenden Chauvinismus hat sie dauernde, universalgeschichtliche Bedeutung, selbst wenn man Webers eigenen Nationalismus in Anrechnung stellt. Allerdings steckt auch in Webers universalgeschichtlicher Perspektive ein Element kulturellen Hochgefühls, das meines Erachtens unserer heutigen Generation kaum noch selbstverständlich ist. Dieser Wandel braucht uns nicht wunderzunehmen nach zwei Weltkriegen, totalitären Herrschaften jeglicher Art, der Epoche der Dekolonisierung und inmitten der Gefahren des nuklearen Zeitalters. Bedenken Sie den Schrecken, der in den folgenden Worten von Claude Levi-Strauss zum Ausdruck kommt:

Wie gründlich ist die Idee des Reisens durch die Idee der Macht korrumpiert worden! Das Reisen kann seine Schätze nicht mehr intakt aufweisen: die Südseeinseln, zum Beispiel, sind zu stationären Flugzeugträgern geworden; ganz Asien ist erkrankt; Barackensiedlungen verunzieren Afrika; Verkehrs- und Militärflugzeuge brausen neben den zwar noch unberührten, aber nicht mehr unverdorbenen Urwäldern von Süd-

amerika und Melanesien. Unter diesen Umständen kann uns das Reisen nur die unglücklichsten Aspekte unseres historischen Daseins entgegenhalten. Die große Zivilisation des Westens hat viele Wunder erzeugt, aber unter welchen Opfern! Wie es im Falle ihrer berühmtesten Erfindung geschehen ist, der Atomkraftanlage, in welcher Strukturen von bisher unfaßbarer Verwicklung gebaut wurden: die Ordnung und Harmonie des Westens hängen nunmehr von der Entfernung einer ungeheuren Menge schädlicher Nebenprodukte ab, die jetzt die Erde verschmutzen. Was das Reisen uns jetzt zu zeigen hat, ist der Dreck, unser Dreck, den wir der Menschheit ins Gesicht warfen. 4)

Wir wissen, es gibt unzählige Versionen dieser Einstellung, die sich aus anti-modernen, romantischen, kulturpessimistischen und anderen Elementen zusammensetzt. Diese Ideen haben die ganze Entwicklung der modernen Industriegesellschaft begleitet.

Aber soviel man diese Haltung auch kritisieren mag, die Tatsache bleibt bestehen, daß der heute heranwachsenden Generation das kulturelle Hochgefühl der Weberschen Generation abhanden gekommen ist. Bei der Frage, welches die großen Kulturprobleme unserer Zeit sind, haben wir und vor allem unsere Kinder Schwierigkeiten, die heute relevanten Ansätze in eine geistige Beziehung zu den Kulturproblemen der vorangegangenen Generation zu setzen. Gerade in diesem Bruch der Kontinuität liegt, so scheint es, der Grund für die wahrscheinlich nicht geringere Bedeutung des Atomzeitalters. Der Krieg bezeichnete das Ende der Vasco-da-Gama-Epoche, die mit der geographisch-kolonialen Expansion um 1500 von Europa aus begann und nunmehr endgültig zu Ende ist. Und mit der Bändigung der atomaren Kraft begann eine wissenschaftliche und technische Entwicklung, die die 350 Jahre alte Gleichsetzung von Wissen und Fortschritt in dem Bewußtsein vieler Menschen zum ersten Mal in Frage stellt.

Untersuchungen über den Ursprung des Durchbruchs im Zeitalter der Reformation, der Entdeckungen und Eroberungen in außereuropäischen Gebieten werden uns sicherlich weiterhin beschäftigen. Aber kann uns diese Beschäftigung noch in der früheren Weise befriedigen, selbst wenn sie zu beachtlichen Ergebnissen führt?

Ich glaube, man muß diese Frage verneinen. Jedenfalls suchen viele nach einem Standpunkt, der dem westlichen Kulturbewußtsein von heute eher entspricht als die Fragestellung Webers nach den Ursprüngen der westeuropäischen Sonderentwicklung.

Ich will versuchen, einen solchen Standpunkt durch zweierlei Hinweise zu umreißen, obwohl ein solcher Versuch natürlich problematisch bleibt.

Nach außen gesehen glauben wir heute zu wissen, daß der westeuropäische Durchbruch des 16. Jahrhunderts eine einmalige Entwicklung ermöglichte. Sie löste eine bis dahin unvorstellbare Expansion der Produktivkräfte aus; sie verbreitete sich nach den USA und anderen europäischen Überseesiedlungen, nach Japan und in die UdSSR; sie brachte neue Organisationsformen und die Institutionen des Wohlfahrtsstaates hervor. Aber zugleich

bedeutete diese Entwicklung auch den imperialistischen Vorstoß sowohl der europäischen Welt wie des zaristischen und sowjetischen Rußlands. Heute mag dieser Vorstoß im Abklingen sein, er hat aber einen weltweiten Gegensatz zwischen armen und reichen Ländern hinterlassen. Gleich wie man diesen Gegensatz erklären mag, unser Kulturbewußtsein ist durch ihn weit mehr beeinflußt als durch den westeuropäischen Durchbruch von vor 400 Jahren.

Entwicklungshilfe, technische Beratung, Anleihen und Investitionspolitik sowie die Rivalität der großen Mächte in der sogenannten Dritten Welt: all das sind Anzeichen für einen Bewußtseinswandel, der weniger den Ursprung als die Konsequenzen der westeuropäischen Entwicklung in Rechnung stellen will. Dazu kommen heute Zweifel, ob die Entwicklungsrichtungen der europäischen Kulturwelt (in all ihrer Divergenz) wirklich von universeller Bedeutung sind.

Jedenfalls ging die erfolgreiche Industrialisierung Rußlands und Japans jeweils andere Wege als die von Westeuropa vorgezeichneten - zum Teil wohl gerade weil diese Wege vorgezeichnet waren. Gewiß: die europäische Entwicklung wird ihre dauernde Bedeutung bewahren in dem wichtigen Sinn, daß die sozialen und politischen Institutionen sowohl Westeuropas wie auch der Sowjetunion exemplarisch bleiben werden. Das heißt, die einmal gemachte Erfahrung kann nicht wiederholt werden; als Modell wird sie ihren Wert und Unwert behalten. Aber - ob es sich nun um Industrialisierung, Demokratisierung oder Sozialisierung in der Dritten Welt handelt - diese Länder haben ihre Unabhängigkeit zumeist erst im 20. Jahrhundert erreicht und werden die gesamteuropäische Entwicklung nicht wiederholen. Sie können sich zwar europäische Errungenschaften aneignen, sind aber gezwungen, ihre eigene Entwicklung unter den Bedingungen dieses Jahrhunderts zu vollziehen. 5)

Also sollten wir uns fragen, inwieweit die sozialen und politischen Institutionen insbesondere Westeuropas mit ihren geschichtlichen Voraussetzungen so eng verbunden sind, daß sie sich nicht nachvollziehen lassen. Oder aber ob zum Beispiel auf dem Gebiet des Föderalismus oder eines europäischen Parlaments nachahmbare Modelle in der Entstehung begriffen sind. Sicher sind technisch-ökonomische Errungenschaften und insbesondere die Mittel des Erziehungs- und Gesundheitswesens leichter transferierbar, aber ob die Konsequenzen des Transfer kontrollierbar oder wünschenswert sind, kann ich hier nicht erörtern.

Nach innen gesehen wissen wir heute, daß unsere Epoche die Grenzen des Nationalstaates überschritten hat, und damit auch die Grenzen einer zentralisierten Steuerung aller regionalen und lokalen Interessen. In dieser Beziehung können wir das Denken des beginnenden 20. Jahrhunderts nicht mehr als für uns gültig anerkennen, und zwar unabhängig davon, ob wir es nun mit Weber oder mit Marx halten.

Denken Sie zum Beispiel an den Luftverkehr! Seine Regelung kann ebenso wenig an den nationalen Grenzen haltmachen wie die Bekämpfung des Terrorismus. Ein Grund für die Fragwürdigkeit des Nationalstaates ist also der technisch fundierte Internationalismus. Ohne Zusammenarbeit regionaler, nationaler und internationaler Instanzen gibt es für niemanden einen wirksamen Umweltschutz.

Ein zweiter Grund liegt in den relativ großen Verdienstmöglichkeiten außerhalb des eigenen Landes. Ich denke dabei nicht nur an multinationale Unternehmen, sondern auch an das "zweite Proletariat", also die Gastarbeiter in allen Industrieländern des Westens. Drittens, schließlich, ist der moderne Nationalstaat fragwürdig geworden, weil die zentralisierte Steuerung aller Interessen nicht durchführbar ist. Offenbar gibt es Grenzen der Bürokratie. Dabei denke ich ganz einfach daran, daß öffentliche Verwaltungen, wie auch Verwaltungen privater Unternehmen, immer wieder auf Dezentralisierung drängen, d.h. auf quasi-autonome Ausführung zentral gefaßter Entscheidungen. Mit Recht erhofft man sich zur Erreichung jeweiliger Ziele mehr von lokaler Autonomie als von zentraler Kontrolle, solange der Lokalverwaltung gewisse Richtlinien zugrunde liegen. Bei der Lösung solcher Probleme wird man viel Geduld haben müssen. Ich bin aber überzeugt: Alternativen zu nationalstaatlichen und zentralistischen Lösungen werden auf dem Forschungsprogramm der kommenden Jahrzehnte stehen. Für diejenigen Länder, die in voraussehbarer Zukunft ein funktionierendes Staatswesen aufbauen müssen, könnten solche Lösungen von großer Bedeutung sein.

Bei den Neuorientierungen in der sozialwissenschaftlichen Forschung sollte man also eine weniger Europa-betonte Ausrichtung erwarten können. Auf begrifflicher Ebene ist es aber für uns unmöglich, den europäischen Blickpunkt zu verlassen. Das ganze Vokabular sozialwissenschaftlicher Forschung entstammt der europäischen Erfahrung, und unsere Begriffe bleiben an der westlichen Welt orientiert. Das trifft zu, selbst nachdem das "Licht der großen Kulturprobleme weiter gezogen" ist, und unsere Reihen nunmehr eine größere Anzahl von Experten über andere Länder und andere Spezialfächer als früher aufweisen, sei es nun Afghanistan oder Zaire, politische Anthropologie oder vergleichende Verwaltungswissenschaft. Damit sind wir also unversehens angekommen bei der Frage nach Westeuropa als Quelle sozialwissenschaftlicher Begriffsbildung.

B. Westeuropa als Quelle sozialwissenschaftlicher Begriffsbildung

Geschichtliche Erfahrung ist in vieler Hinsicht eine Quelle unserer Begriffsbildung, und das gilt besonders für die Prozesse der Modernisierung - Prozesse, die seit der Reformation von Westeuropa ausgegangen sind. Bekanntlich stand die deutsche Soziologie zunächst im Bann des Begriffs-paares Gemeinschaft und Gesellschaft.

Ferdinand Tönnies wollte damit u. a. den Wandel vom europäischen Mittelalter zur Neuzeit begrifflich erfassen. Darüber hinaus gibt es eine große Anzahl sozialwissenschaftlicher Begriffe, deren gegenwärtige Bedeutungen auf das Engste mit der gesellschaftlichen Entwicklung Westeuropas zusammenhängen. Lassen Sie mich in zwangloser Reihenfolge ein paar Beispiele nennen:

Proletariat, Kapitalismus und Imperialismus sind solche Begriffe und ebenso Staat, bürgerliche Gesellschaft, Nationalökonomie und Soziologie, aber auch Begriffe wie Verfassung, Partei, Industrialisierung und Urbanisierung. Die meisten dieser Begriffe sind sprachliche Wendungen europäischer Denker, die damit den eigenen Erfahrungen gerecht werden wollten. Es fragt sich nun, ob und wie der heutige Sozialwissenschaftler solche Begriffe europäischer

Herkunft überhaupt nutzen kann. Denn wenn unsere Disziplin Anspruch auf Allgemeingültigkeit erheben will, dann müssen ihre Begriffe allgemein anwendbar sein. Bei den genannten Begriffen ist aber eine allgemeine Anwendbarkeit durchaus fragwürdig. Diese bekannte Schwierigkeit möchte ich hier an zwei kurz gefaßten Beispielen skizzieren:

Max Weber hat an einer Stelle bemerkt, daß der Staatsbegriff "in seiner Vollentwicklung durchaus modern" sei. 6) Diese Bemerkung impliziert nicht nur eine Grenzziehung zwischen vor-modernen und modernen politischen Gebilden sondern auch eine Untersuchung der Vorformen des Staates in der spätmittelalterlichen Welt. Wenn der Staat nur die vollentwickelte moderne Form - sagen wir, einer Territorialherrschaft - wäre, dann müßten wir ihm anders entwickelte Formen entgegensetzen. Wir können nicht sicher sein, ob andere Formen von Territorialherrschaft sich ihrerseits zu modernen Staaten entwickeln werden, daher müssen wir sie als politische Gebilde mit eigener Situationslogik betrachten, nicht als unvollkommene Staaten. Demnach ist es zum mindesten wahrscheinlich, daß die Geschichte der heutigen europäischen Staaten bessere Modelle für nicht-staatliche Territorialherrschaften abgeben kann als der moderne Staat selbst.

Der Begriff der sozialen Klassen mag als zweites Beispiel dienen. Im letzten, unvollendeten Kapitel des dritten Bandes von "Das Kapital" hat Karl Marx bekanntlich eine Diskussion der Klassen begonnen. Unter anderem wies er auf die Arbeitsteilung hin, die sowohl in der Arbeiter- wie in der Unternehmerklasse zu einer Fragmentierung der Interessen- und Rangunterschiede führt. Nun zielt aber das ganze Werk von Marx auf eine Analyse der Zwangsläufigkeiten des Kapitalismus und des Klassenkampfes - Zwangsläufigkeiten, die schließlich zur Entwicklung eines proletarischen Klassenbewußtseins und zur Klassensolidarität führen würden. Interessenkonflikt und Rangunterschiede innerhalb der Arbeiterklassen waren für Marx letztlich nicht ausschlaggebend. Sie würden im Lauf der politisch bewußt werdenden Arbeiterbewegung ihre Bedeutung verlieren.

Aber wenn man die Marx'sche Vorhersage nicht annimmt, dann wird man es auch nicht für ausgemacht halten, daß sich der Klassenkampf verschärft und zur Klassensolidarität führt. Folglich wird man Interessenkonflikte innerhalb der Klassen höher bewerten und sie den solidarischen Klasseninteressen mehr oder weniger gleichwertig zur Seite stellen. Damit öffnet sich der Weg zu vergleichenden Untersuchungen der Klassensolidarität, die ja jeweils von der Überwindung der internen Interessenkonflikte abhängt.

Hier ist nicht der Ort, Begriffe wie Staat und soziale Klasse im einzelnen zu erörtern, sie sind der Gegenstand einer großen Literatur. Aber den genannten Beispielen kann man entnehmen, daß die unreflektierte Verallgemeinerung von Begriffen europäischer Derivation Schwierigkeiten mit sich bringt. Diese Schwierigkeiten haben ihre politische und ihre geistige Seite, und wir müssen versuchen, beide Seiten im Auge zu behalten. Politisch gesehen ist die Anwendung deseuropäischen Begriffsapparates auf außereuropäische Sozialstrukturen eine - vermutlich unbewußte und ungewollte - Fortsetzung der Hegemonie Europas, wenn auch mit geistigen Mitteln.

Das läßt sich nicht vermeiden. Ebenso unvermeidbar ist es, daß selbst die Entkolonisierung der Welt uns nicht befreit hat von den Konsequenzen der vierhundertjährigen Vorherrschaft Europas. Aber wir selbst, die Nachkommen der europäischen Tradition, können das Unvermeidbare in Anrechnung stellen,

wir können es geistig verarbeiten, indem wir unseren Begriffsapparat universalhistorisch umbilden. Das, so scheint mir, ist der Nutzen, den wir aus Webers Wendung zur Ausarbeitung eines universalhistorischen Begriffsapparates ziehen können, wie er ihn im ersten Teil von Wirtschaft und Gesellschaft entworfen hat.

Webers Absicht war nunmehr nicht nur, die Eigenart der okzidental Kultur in Begriffe zu fassen, sondern er wollte die wechselseitigen Zusammenhänge zwischen wirtschaftlichem Handeln und außer-ökonomischen Kausalreihen untersuchen. 7) Zu diesem Zweck brauchte er einen Begriffsapparat, der weit genug gespannt war, um eine universalhistorische Anwendung zu ermöglichen. Dementsprechend heißt es in den einleitenden Sätzen von Wirtschaft und Gesellschaft:

Die Methode dieser einleitenden Begriffsdefinition beansprucht in keiner Art, neu zu sein. Im Gegenteil wünscht sie nur in - wie gehofft wird - zweckmäßigerer und etwas korrekterer (eben deshalb freilich vielleicht pedantisch wirkender) Ausdrucksweise zu formulieren, was jede empirische Soziologie tatsächlich meint, wenn sie von den gleichen Dingen spricht. 8)

Die Frage ist nun: Wie läßt sich dieser Anspruch auf Allgemeingültigkeit vereinbaren mit Webers eigener Feststellung, daß bei wandelnden Kulturproblemen die Wissenschaft nicht nur ihren Standort, sondern auch ihren Begriffsapparat wechselt? Wie kann man von allgemeingültigen Begriffen sprechen, wenn sie von historisch begrenzter Anwendbarkeit sind?

Weber beantwortete diese Fragen mit dem Hinweis auf den Idealtypus, den ich hier als bekannt voraussetzen kann. Ich will nur anmerken, daß ein Weber'scher Idealtypus gewöhnlich nicht als isoliert bestehend gedacht war, sondern als verbunden mit einem Gegentyp oder mit mehreren Gegentypen. Zugleich hat Weber die unvermeidliche Distanz zwischen Begriff und Empirie durch zusätzliche Eigenschaftswörter zu überbrücken versucht. Ich erinnere z. B. an den Doppelbegriff "patrimoniale Bürokratie"; dieser Doppelbegriff will der Konvergenz begrifflich unterschiedener Handlungen und Institutionen gerecht werden.

Ich will zunächst versuchen, die Dialektik der Weber'schen Begriffe als Grundlage ihres Anspruchs auf allgemeine Anwendbarkeit auszuweisen. Dann will ich an ein paar Beispielen erläutern, wie die Bindung sozialwissenschaftlicher Begriffe an Westeuropas historische Erfahrung auch für außereuropäische Erfahrungen nutzbar gemacht werden kann.

Webers bekannte Typen der Herrschaft sind besonders geeignet, die von mir hervorgehobene Dialektik sichtbar werden zu lassen. Aber bitte behalten sie immer im Auge: unser zentrales Anliegen hier ist die Anwendung eines Begriffes auf die Empirie! Beginnen wir mit der charismatischen Herrschaft. Wir wissen, sie ist durch die außeralltägliche Qualität einer Persönlichkeit ausgezeichnet, aber die Existenz dieser Qualität, und damit das Phänomen Charisma überhaupt, beruht auf dem Glauben, den der Träger des Charisma mit seinen Gefolgsleuten teilt. Aus dieser Begriffsbestimmung ergibt sich eine eigentümliche Unsicherheit: für die charismatische Persönlich-

keit beruht ihre Außerordentlichkeit auf objektiver Erfahrung, wie etwa im Fall des Propheten, der sprechen muß, weil ihn eine höhere Gewalt zwingt. Aber nur der Prophet empfindet die höhere Gewalt als objektive Erfahrung. Allen anderen erscheint sie zunächst als subjektive Aussage oder Behauptung, bis diese anderen sich schließlich von der Außerordentlichkeit der prophetischen Erfahrung überzeugen lassen.

Die Übereinstimmung der Bewußtseinslage eines Propheten und einer Menge ist ein seltenes Ereignis. Viel häufiger geschieht es, daß nur der Prophet von der höheren Gewalt und seiner Mission überzeugt ist, aber nur wenige Anhänger und Gläubige findet. Noch häufiger, vermutlich, kommt es vor, daß eine notleidende Menge Ausschau hält nach einer charismatischen Persönlichkeit, die ihre Nöte lindern könnte; aber entweder findet sich überhaupt keine, oder nur eine scheinbare, was dann entweder eine Illusion von Notlinderung oder tiefe Enttäuschung zur Folge hat. Sie sehen also: der Typ der charismatischen Herrschaft stellt im Grunde großangelegte Forschungsaufgaben dar und sollte nicht einfach als Etikett vulgarisiert werden. Die Anwendbarkeit des Begriffes, eben als Forschungsaufgabe, sollte wirklich eine allgemeine sein können.

Die Parallelen bei den anderen Herrschaftstypen ergeben sich leicht. Von der traditionellen Herrschaft wissen wir: sie stützt sich auf die Heiligkeit von Herrengewalt und altüberkommenen Ordnungen, die auch die freie Willkür des Herrn mit einschließen. Nun heißt es zwar, daß der Willkür des Herrn durch die Tradition Grenzen gesetzt sind, aber da alles auf Herkommen und mündlichem Einverständnis beruht, werden die Grenzen legitimer Willkür nur in der Praxis erprobt, und daher können sie wissenschaftlich nur von Fall zu Fall untersucht werden.

Die Problematik des traditionellen Herrschaftstyp besteht also in Folgendem: die im Prinzip als berechtigt anerkannte Willkür des Herrn gerät mit dem althergebrachten Recht nur allzu leicht in Konflikt. Dann muß sich zeigen, ob die Gefolgsleute der unbedingten Gehorsamspflicht treu bleiben, indem sie willkürliche Überschreitungen traditioneller Regeln dulden, oder wann sie schließlich, unter Berufung auf das alte Recht, den Gehorsam verweigern.

Ähnlich liegen die Dinge bei dem Begriff der legalen Herrschaft, mit dem Weber ja die Unterscheidung formaler und materieller Rationalität verbindet.

In diesen Begriffsbestimmungen liegt also eine fundamentale Unsicherheit oder Unbestimmtheit, die erst durch die Interaktion des Herrschers mit den Beherrschten von Fall zu Fall aufgehoben werden kann. In dieser Offenheit bezüglich der mit dem Typus vereinbarten Entwicklungsmöglichkeiten sehe ich den Allgemeinheitsanspruch der Weber'schen Begriffsbildung.

Wie gesagt, diese Offenheit läßt eigentlich jeden Idealtypus zu einem Forschungsprogramm werden. Das ist auch der Grund, warum die eigentliche Formulierung eines Begriffs wie Staat oder Klasse am Ende der Untersuchung stehen muß und nicht am Anfang, wie Weber das zu Beginn seines Kapitels über Religionssoziologie betont hat. In diesem Sinne ist ein sozialwissenschaftlicher Idealtypus zunächst nur eine Annäherung oder Umschreibung; seine präzisere Bedeutung kann erst durch entsprechende Untersuchungen bestimmt werden.

In dieser Diskussion bin ich zunächst von Begriffen wie Staat und Klasse ausgegangen, die inhaltlich eng an die historische Entwicklung Westeuropas anknüpfen, weil beide Begriffe eine Trennung des Amtes oder der Gruppensolidarität von der Familie voraussetzen. Deshalb sind diese Begriffe am ehesten dort anwendbar, wo sich eine solche Trennung ausgeprägt hat, und das ist ursprünglich besonders in Europa der Fall gewesen. Andererseits hat Max Weber in seinen Typen der Herrschaft bewußt von dieser Beschränkung abstrahiert. Die von mir hervorgehobene Offenheit seiner Formulierung läßt sich aber auf viele Begriffe - darunter auch Staat und soziale Klasse - anwenden, obgleich sie ursprünglich der westeuropäischen Erfahrung entstammen. (Übrigens, gewisse Begriffe, wie zum Beispiel bürgerliche Gesellschaft, sollten als nur auf Westeuropa zutreffend angesehen werden).

Ich möchte nun den Begriff der Bürokratie dazu benutzen, um sowohl historische Beschränkung als auch allgemeinere Anwendbarkeit eines sozialen Begriffes etwas näher zu umschreiben. Natürlich kann man bei verschiedenen Forschungsabsichten, je nachdem, die eine oder andere Seite eines Begriffs betonen.

Weber weist ausdrücklich darauf hin, daß er zunächst die spezifisch moderne Form der Verwaltung im Auge hat; daraus ergibt sich die Begrenzung auf Westeuropa, ja sogar auf Preußen, zumal diese Bürokratie nur als Ausführungsorgan einer legalen Herrschaft gedacht wird. Zweck dieses historisch begrenzten Begriffs ist die nachträgliche Kontrastierung mit anderen Formen von Verwaltung, wie sie Weber besonders in seiner Analyse der chinesischen Bürokratie geliefert hat. Doch erscheint Webers Begriffsbestimmung der modernen Bürokratie in einer kategorischen Formulierung, die eine allgemeine Anwendbarkeit zu beanspruchen scheint. Wie ist dieser Anspruch mit der historischen Begrenzung des Begriffs vereinbar? Ich meine, daß der Weber'sche Begriff der Bürokratie ein dialektisches Element enthält.

Die bekannte Definition läßt die Bürokratie als ein "eisernes Gehäuse" erscheinen. Der einzelne Verwaltungsposten darin ist genau gekennzeichnet durch sachliche Amtspflichten, eine hierarchische Stellung, vertraglich festgelegtes Gehalt, hauptberufliche Amtsführung und anderes mehr. Alle Funktionen bürokratischer Arbeit scheinen festgelegt zu sein, und doch läßt Weber selbst in dieses Gebäude ein Element der Unbestimmtheit ein. Dieses Element ist die Fachqualifikation des Beamten. Technische und bürokratische Fachqualifikation heißt aber nichts anderes - selbst wenn noch so viel geprüft und kontrolliert wird - als daß man sich auf Erfahrung und Urteil des qualifizierten Beamten verlassen will, verlassen muß.

Genauso wird es bei Fachleuten in jedem anderen Zusammenhang getan. Der Sinn fachlicher Qualifikation liegt gerade in der Expertise, die der Laie nur durch Konsultation oder Anstellung eines beglaubigten Fachmanns für sich nutzbar machen kann. Weber hat die Diskrepanz zwischen Beamtenexperten und politischen Laien zur Genüge betont. Er hat auch darauf hingewiesen, daß technisch qualifizierte Beamte aus ihrer Sachkenntnis ein Geheimnis machen können, um sich unangenehmer oder auch unsachgemäßer Kontrolle zu entziehen. Sachkenntnis heißt hier nicht nur technisches Können, sondern ebenso die dem Beamten besonders zugängliche Kenntnis der Formulare, des Instanzenzuges, der Präzedenzfälle und so weiter - alles Dinge, die, wie wir wissen, leicht zu einer besonderen "Technik" des Bürokratieunwesens degenerieren können. Im Zentrum des Weber'schen Bürokratiebegriffs liegt

also ein Unsicherheitsfaktor, der wiederum zur Einzeluntersuchung einlädt, weil wir nur dadurch die verschiedenen Bedeutungen dieses einen Begriffs, selbst innerhalb der europäischen Kulturwelt, in den Griff bekommen können.

Allerdings kann man meines Erachtens bei dieser Beschäftigung mit europäischen Erfahrungen heute nicht mehr stehen bleiben. Denn die Kriterien des europäischen Bürokratiephänomens setzen europäische Entwicklungen voraus, die sich so weder in den östlichen und südlichen Randgebieten Europas, noch in den Ländern Asiens, Afrikas oder Lateinamerikas wiederfinden.

In seiner vergleichenden Betrachtung "The Development of Public Services in Western Europe, 1660 - 1930" unterscheidet Ernest Barker eine vorbürokratische und eine bürokratische Entwicklung. In der vorbürokratischen Phase war der Staat mit der Familie, dem Eigentum und der Gesellschaft so weitgehend identifiziert, daß jedes öffentliche Amt eine Familienangelegenheit darstellte und als Privateigentum behandelt wurde. Staat und Gesellschaft waren also nicht zu unterscheiden. 9)

Barker datiert die bürokratische Phase von ca. 1660 an. Damit will er sagen, daß die Anstellung von Beamten und ihre öffentliche Geschäftsführung sich seither allmählich von Familieninteressen und Privateigentum losgelöst haben, obwohl diese Faktoren bis heute kaum gänzlich ausgeschaltet worden sind. Wie bei allen historischen Unterscheidungen handelt es sich auch hier um einen Idealtypus, dessen unvermeidliche Vereinfachungen die wesentlichen Unterscheidungen nicht widerlegen.

Dabei ist es aber gut, zwei Tatsachen im Auge zu behalten. Bedenken wir zunächst folgendes: In England gingen gewisse proto-bürokratische Entwicklungen der Restauration der englischen Monarchie im Jahre 1660 um Jahrhunderte voraus, wie etwa die Aussonderung einzelner Regierungsfunktionen aus dem königlichen Haushalt, die Professionalisierung und der Laizismus der Beamten selbst, die Systematisierung der Geschäftsführung und anderes mehr. 10)

Analoge, proto-bürokratische Entwicklungen in Preußen oder Frankreich vor 1660 wichen von der englischen ganz erheblich ab, weil in Preußen Beamtentum und Militär enger zusammenhingen als in England, während in Frankreich die Amterkäufligkeit wieder eine andere Voraussetzung für die spätere Bürokratisierung schuf. Meines Wissens steht eine vergleichende Studie dieser frühneuzeitlichen Entwicklungen noch aus.

Die zweite Tatsache, die wir bedenken müssen, ist - trotz der eben genannten Verschiedenheiten - das Gemeinsame in der europäischen Entwicklung. Man macht das am besten auf vergleichende Weise anschaulich. Europa hatte, zu Beginn seiner bürokratischen Phase, eine lange Vorgeschichte der Verwaltung sowie wachsenden Reichtum (trotz des Dreißigjährigen Krieges). In Ermangelung einer solchen Vorgeschichte in den Ländern der "Dritten Welt" läßt sich dort eine analoge proto-bürokratische Entwicklung kaum erwarten. Die Menschen werden erst dann aufhören, Regierungsstellen als private Einkommensquellen zu betrachten, wenn ihnen wirkliche Alternativen offenstehen. Bedenken Sie nur, daß im heutigen Nigerien (1975) fünfundsechzig Prozent aller Lohn- und Gehaltsempfänger Regierungsbeamte sind; in Ghana (1964) belief sich dieser Anteil sogar auf siebzig Prozent. 11)

Vor dem Auftreten von Alternativen stellen die Beamtenstellungen und das öffentliche Einkommen die wichtigste "Industrie" eines Landes dar und werden entsprechend ausgenutzt. Unter diesen Umständen besteht die Tendenz, Parlament und Regierung als Zusammenkünfte von Botschaftern verschiedener "Völker" anzusehen - Völker, die zwar in dem gleichen Territorium leben, deren Vertreter aber im Auftrag sich befehlender Stammes- und Familieninteressen, religiöser und sprachlicher Gemeinschaften agieren.

Mit dieser Überlegung ist auch der letzte Punkt angesprochen, mit dem ich diese Übersicht meines Themas zum Abschluß bringen will. Ich beziehe mich dabei auf die großen Aufsätze Otto Hintzes, der die institutionellen Eigentümlichkeiten der westeuropäischen Entwicklung herausgearbeitet hat. Seine Gedanken wurden dann von Otto Brunner, Dietrich Gerhard, Antonio Marongiu und anderen weitergeführt.

Otto Hintze geht von der These aus, daß ständisch-repräsentative Verfassungen - trotz ihrer vielen Varianten innerhalb Europas - eine dem christlichen Abendland eigentümliche Erscheinung sind. Er führt diese Tatsache auf Kirche und Feudalsystem zurück, die in dieser speziellen Ausprägung auch nur im christlichen Abendland vorkamen. Am stärksten trifft das auf die westeuropäischen Länder zu, während Kirche und Feudalherrschaft in den osteuropäischen Randgebieten ein viel geringeres Maß von politischer Unabhängigkeit erreichten. Vom Gesichtspunkt der Staatenbildung muß man, nach Hintze, die hierokratische wie die feudale Machtkonstellation als Hauptgründe ansehen für den "beständigen Wettbewerb um erhöhte Machtgeltung zwischen den einzelnen Staatsgebilden" (1944); einerseits verhinderte dies ihre Vereinigung in einem Universalreich, andererseits führte es zu Intensivierung und Rationalisierung der staatlichen Verwaltung. 12)

Diese Ausbalancierung zentrifugaler und zentripetaler Tendenzen hängt wesentlich mit der unterschiedlichen Entwicklung des Repräsentativsystems in den einzelnen Ländern Europas zusammen, aber auch mit der jeweils besonderen Form der Kommunalverwaltung. Man kann hier zum Beispiel die relative Kontinuität des englischen Parlaments von der scharfen Zäsur der französischen Parlamentsentwicklung unterscheiden. Wieder anders war die Entwicklung in Preußen; dort stand die Wirkungskraft der Ständeversammlungen vor dem Dreißigjährigen Krieg in scharfem Gegensatz zu der Entmachtung der Landtage, die dem Krieg folgte. Die kulturellen Auswirkungen dieser Verschiedenheiten können bis auf den heutigen Tag verfolgt werden.

Solche Unterschiede in der Parlamentsentwicklung der einzelnen Länder sind für uns jedoch weniger bedeutungsvoll als die gemeinsame Problematik heutiger Repräsentationssysteme. Gerade in Ländern mit ausgebildetem parlamentarischen System stellt sich die Frage, wie die unabhängige Entschlußfähigkeit der repräsentativen Körperschaften gegenüber der Vertretung und dem Druck der "organisierten Interessen" aufrecht erhalten werden kann. Sowohl das Repräsentativsystem wie die Organisation privater Interessen gehören zu dem Grundbestand der Demokratie. Schon vor zweihundert Jahren hat Edmund Burke auf den Konflikt zwischen diesen beiden Institutionen hingewiesen. In einer Ansprache an die Wähler von Bristol sagte er, daß das Parlament eine nationale Instanz sei, nicht eine Versammlung von Botschaftern verschiedener Interessengruppen. Es handelt sich also um das Verhältnis zwischen lokalen bzw. regionalen oder marktbezogenen Interessenkonstellationen einerseits und dem Forum einer übergeordneten politischen Willensbildung andererseits.

Meine Betrachtung Westeuropas als Gegenstand und Quelle sozialwissenschaftlicher Forschung möchte ich mit dieser Fragestellung abschließen. Die gegenwartsbezogenen Diskussionen ihrer Tagung werden ihre eigenen Wege gehen. Ich habe hier versucht, für Ihre zu besprechenden Probleme einen geschichtlichen und begriffsstrategischen Hintergrund zu skizzieren.

Anmerkungen

- 1) Die Unterschiede zwischen deutschen und amerikanischen Perspektiven sollen nicht übertrieben werden, denn die Offenheit des Weber'schen Werkes ist auch in Deutschland betont worden, insbesondere von Karl Loewith.
"Auch die ungeheure Kausuistik seiner begrifflichen Definition in 'Wirtschaft und Gesellschaft' hat nicht nur den Sinn: die Wirklichkeit definitionsgemäß einzufangen und festzuhalten, sondern zugleich und vor allem den Gegensinn eines offenen Systems von 'Möglichkeiten' ".
Siehe Karl Loewith, "Max Weber und Karl Marx", in Gesammelte Abhandlungen (Stuttgart: W. Kohlhammer Verlag, 1960), S. 66.
- 2) Max Weber, die Proestantische Ethik und der Geist des Kapitalismus (München: Siebenstern Taschenbuch Verlag, 1969), S. 9.
- 3) Max Weber, "Die 'Objektivität' sozialwissenschaftlicher und sozialpolitischer Erkenntnis", in Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre (3.Aufl.) Tübingen: J.C.B. Mohr (Paul Siebeck, 1968), S. 214.
- 4) Claude Lévi-Strauß, Tristes Tropiques (New York: Atheneum, 1967), S. 39.
- 5) Vgl. meine Diskussion dieses Phänomens in "Modernisierung und soziale Ungleichheit", in Wolfram Fischer, ed., Wirtschafts- und Sozialgeschichtliche Probleme der Frühen Industrialisierung (Berlin: Colloquium Verlag, 1968), S. 179 - 246.
Die Anwendung dieser Analyse der "Spätentwicklung" auch auf die Länder Westeuropas ist das Thema des zweiten Teils meines Buches Kings or People, Power and the Mandate to Rule (Berkeley: University of California Press, 1978).
- 6) Max Weber, Wirtschaft und Gesellschaft (Studienausgabe; Köln: Kiepenheuer und Witsch, 1964), I, S. 40.
- 7) Die Unterschiede zwischen Webers religionssoziologischen Studien und der universalhistorischen Absicht seiner Kategorienlehre in Wirtschaft und Gesellschaft sind von Wolfgang Mommsen, Friedrich Tenbruck, u.a. hervorgehoben worden. Meiner Auffassung nach sollten beide Forschungsziele als gleichrangig betrachtet werden.
- 8) Weber, WuG., S. 3. Meine Hervorhebung.
- 9) Ernest Barker, The Development of Public Services in Western Europe, 1660 - 1930 (London: Oxford University Press, 1944), S. 4 - 5.

- 10) Vergleiche hierzu das großartige Werk von T. F. Tout, Chapters in the Administrative History of England, 5. Bd.
- 11) Ich verdanke diese Zahlen einer unveröffentlichten Schrift von Professor Gaston Rimlinger.
- 12) Otto Hintze, "Weltgeschichtliche Bedingungen der Repräsentativverfassung", in Staat und Verfassung, Gesammelte Abhandlungen zur Allgemeinen Verfassungsgeschichte (Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 1962), S. 143 - 144 und passim.